

EINE GEMEINSAME PUBLIKATION des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

2025 · JAHRGANG 22 · 3. QUARTAL · VIERTELJÄHRLICHER INFOLETTER · WWW.DEMOGRAFISCHE-FORSCHUNG.ORG

VIENNA INSTITUTE OF DEMOGRAPHY

Armut anders bemessen

Arm ist nicht nur, wer wenig Geld hat. Um Armut besser bemessen zu können, haben Wissenschaftler*innen nun ein Bewertungssystem entwickelt, das viele Dimensionen der Armut mit einschließt.

Mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen hat sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2015 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung gesetzt. So sollen Armut bekämpft, Ungleichheiten reduziert und der Planet geschützt werden. 2030 ist bald und vom Erreichen der Ziele sind wir noch weit entfernt. Insbesondere die Bekämpfung der extremen Armut ist bisher nicht geglückt. Über eine Milliarde Menschen leben in extremer Armut, die Hälfte davon sind Kinder. Bisher wird diese Armut anhand von relativ simplen, einkommensbasierten Indikatoren gemessen. Ein gebräuchlicher Maßstab ist zum Beispiel der Anteil der Menschen, die von weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag leben müssen. Dieser willkürlich gesetzte Maßstab blendet aus, dass es sehr viele Menschen gibt, denen mehr als dieser Betrag pro Tag zur Verfügung steht, die aber trotzdem nicht den Zugang zu den Ressourcen haben, die ihnen ein menschenwürdiges Leben erlauben. Denn Armut ist multidimensional und beschränkt sich nicht auf das Einkommen. Die Vereinten Nationen haben die Schwächen ihrer Indikatoren erkannt und haben auch deswegen beim Nachhaltigkeitsgipfel 2023 neue wissenschaftlich fundierte und datenbasierte Lösungen gefordert.

Roman Hoffmann vom österreichischen International Institute for Applied Systems Analysis ist gemeinsam mit Kolleg*innen diesem Aufruf gefolgt und hat einen neuartigen Datensatz entwickelt, mit dem es möglich ist, das Erreichen oder Nichterreichen von zehn Mindestanforderungen in verschiedenen Lebensstandards zu beziffern. Die zehn Kriterien, die er anlegt, sind jedes

für sich genommen unabdingbar für ein menschenwürdiges Leben. Dazu zählt zum Beispiel der Zugang zu sauberem Trinkwasser und der Zugang zu Bildung. Sieben der zehn Kriterien decken die Dimension „physisches Wohlbefinden“ ab, drei die Dimension „soziales Wohlbefinden“. Die Datenquelle der Studie ist sehr groß: Sie umfasst Informationen zu über 4,7 Millionen Haushalten in 75 Ländern im Zeitraum von 1990 bis 2021. Damit deckt die Stichprobe 66 Prozent der Bevölkerung ab, die in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen lebt.

Der Wissenschaftler kommt zu dem Schluss, dass für fast 95 Prozent der Haushalte wenigstens eine und für fast 65 Prozent ein Drittel der zehn Minimalanforderungen an den Lebensstandard nicht erfüllt ist. Über den untersuchten Zeitraum hinweg hat sich der Zugang zu diesen Lebensstandards zwar verbessert, aber es bestehen nach wie vor große Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern. Die größten Unterschiede und demnach auch Benachteiligungen gibt es bei der Gesundheitsversorgung, der Lebensmittelzubereitung (sauberes Kochen und Aufbewahrung von Lebensmitteln), beim Wohnraum, bei sauberem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen und Bildung. Über den Untersuchungszeitraum hinweg verbessern sich die Lebensstandards zwar, aber viel zu langsam, wenn man die Ziele der Agenda 2030 erreichen will. Ein weiteres Ergebnis: Die Verteilung der Lebensstandards ist weltweit sehr ungleich (Abb. 1). Am wenigsten Zugang zu den Mindeststandards

Ungleiche Verteilung des Lebensstandards

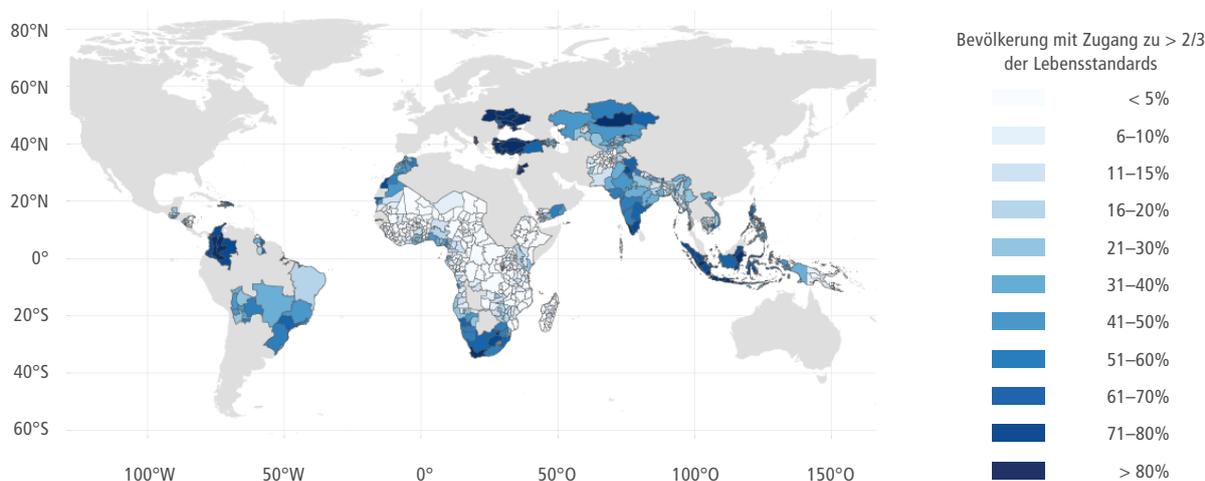


Abb. 1: Anteil der Bevölkerung auf subnationaler Ebene, dem mindestens zwei Drittel der Kriterien eines angemessenen Lebensstandards zugänglich sind. Quelle: Demographic and Health Survey Program, eigene Berechnungen

Zugang zu angemessenen Lebensstandards

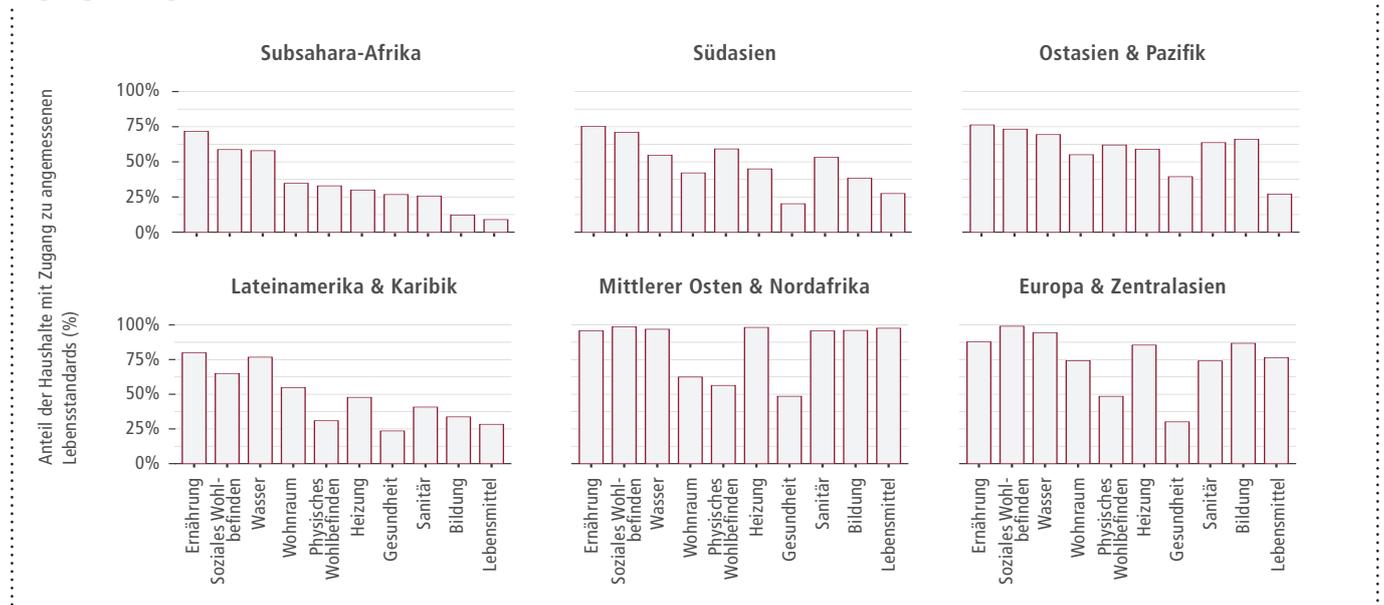


Abb. 2: Der Zugang zu angemessenen Lebensstandards ist räumlich und qualitativ sehr unterschiedlich verteilt. Am wenigsten Zugang zu den Mindeststandards haben Haushalte in Subsahara-Afrika. Quelle: Demographic and Health Survey Program, eigene Berechnungen

haben Haushalte in Subsahara-Afrika: Im Durchschnitt erfüllten dort nur 12 Prozent aller Haushalte in der letzten Erhebungswelle zwei Drittel der betrachteten Mindeststandards. Deutlich höher war dieser Anteil in Südasien (37 Prozent), Lateinamerika und der Karibik (44 Prozent), Ostasien und dem Pazifik (53 Prozent), dem Nahen Osten und Nordafrika (61 Prozent) sowie Osteuropa und Zentralasien (73 Prozent).

Auch auf subnationaler Ebene, also innerhalb eines Landes, gibt es massive Unterschiede. Ein Hauptfaktor, der zu diesen Ungleichheiten beiträgt, ist der starke Kontrast zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Städte sind oft Wirtschaftszentren, in denen Menschen Arbeit finden und wo es Schulen, Krankenhäuser und Ärzte gibt. Ein weiteres Ergebnis ist, dass es die sozialen Merkmale sind, die die Kluft zwischen den Haushalten besonders groß machen. Ob Menschen in ländlichen oder in städtischen Gebieten wohnen, welchen Bildungsabschluss sie haben und welcher Beschäftigung sie nachgehen, entscheidet darüber, ob sie Zugang haben zu wichtigen Dienstleistungen, angemessenem Wohnraum und anderen Ressourcen, die zu einer höheren Lebensqualität beitragen. Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, die in landwirtschaftlichen Berufen arbeiten, haben insgesamt am wenigsten Zugang zu essenziellen Lebensstandards. Deutlich besser stehen städtische

Haushalte da, in denen mindestens eine Person einen Sekundarschulabschluss hat. Der Autor betont, dass die verschiedenen Kriterien für würdige Lebensstandards nicht gegeneinander austauschbar seien und dass das Spektrum der Grundbedürfnisse deutlich breiter sei als das, was die üblichen Indizes und Maße der Armut erfassen. Eigentlich müsse man von Armut sprechen, wenn nur ein einziger der Standards nicht eingehalten ist. Seine Untersuchung ermögliche, genauer zwischen den verschiedenen Dimensionen von Armut zu unterscheiden und Zusammenhänge zwischen den einzelnen Kriterien herzustellen, so das Fazit des Forschers.

WISSENSCHAFTLICHER ANSPRECHPARTNER: Roman Hoffmann

KONTAKT: ✉ hoffmannr@iiasa.ac.at

LITERATUR

Hoffmann R., O. Patange, C. Zimm, S. Pachauri, C. Belmin, S. Pelz, E. Brutschin, J. S. Kikstra, M. Kuhn, J. Min, R. Muttarak, K. Riahi, T. Schinko and K. Mintz-Woo: Subnational survey data reveal persistent gaps in living standards across 75 low and middle-income countries. *Nature Communications* 16(2025)4986, 1–11. DOI: 10.1038/s41467-025-60195-5

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Bildung stabilisiert das Rentensystem

Investitionen in Bildung können teilweise die negativen Auswirkungen von niedrigen Geburtenraten ausgleichen.

In den letzten Jahrzehnten standen Geburtenraten und Geburtenziffer sehr im Fokus der Politik. Gerade in Deutschland wurden viele Maßnahmen ergriffen, um sie zu steigern: Ausbau der Kinderbetreuung, Ausweitung der Elternzeit und des Elterngeldes, steuerliche Anreize. Dahinter steht die Angst, dass die Kombination aus steigender Lebenserwartung und sinkenden Geburtenzahlen – der demografische Wandel – dazu führt, dass immer weniger Beitragszahler*innen einer immer größeren Zahl an Rentner*innen gegenüberstehen, was eine enorme Herausforderung für das Rentensystem darstellt. Doch bisher haben all diese Maßnahmen nicht dazu geführt, dass

die Geburtenraten steigen. In Deutschland liegt die Geburtenziffer aktuell bei 1,35. Ein Team von Wissenschaftler*innen des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung und der Universität Helsinki zeigen nun einen anderen Weg auf, wie dem Problem begegnet werden kann. Ihr Vorschlag: die Bildungsausgaben nicht zurückschrauben, auch wenn die Geburtenraten sinken, denn dadurch erhöhen sich die Pro-Kopf-Ausgaben in Bildung, ohne dass mehr Geld als vorher investiert werden muss. Diesem Ansatz liegt eine neue Studie der Forscher*innen zugrunde, in der sie mit einem Mikrosimulationsmodell untersuchen, inwieweit Investitionen in Bildung, oder anders

Entwicklung der Rentenausgaben im Verhältnis zur Lohnsumme

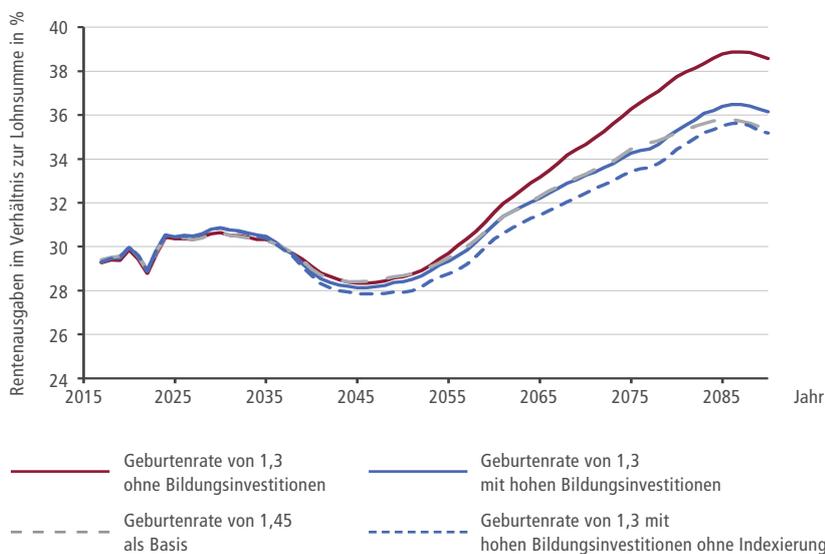


Abb. 1: Entwicklung der Rentenausgaben in Finnland im Vergleich zu den Lohnausgaben. Die graue Linie ist die Basislinie, bei der davon ausgegangen wird, dass die Geburtenziffer auf dem aktuellen Stand von 1,45 bleibt. Bei den blauen und roten Linien wird eine deutlich geringere Geburtenziffer von 1,3 angenommen. Ohne Bildungsinvestitionen (rote Linie) wachsen die Rentenausgaben stark im Vergleich zur Lohnsumme. Die blaue durchgezogene Linie zeigt das Szenario mit hohen Bildungsausgaben, bei denen die Rentenausgaben an das Lohnniveau gekoppelt werden, so wie es derzeit in Finnland praktiziert wird. Da zeigt sich, dass die Rentenbelastung vergleichbar hoch ist wie im Basisniveau (graue Linie), das von einer Geburtenziffer von 1,45 ausgeht. Die Investition in Bildung gleicht also die Auswirkungen der 0,15 niedrigeren Geburtenziffer aus. Die blaue gestrichelte Linie zeigt das Szenario, bei dem die Renten nicht an das Lohnniveau gekoppelt sind. In diesem Szenario gleichen die Investitionen in Bildung die Auswirkungen der geringeren Geburtenrate mehr als aus. Quelle: Finnische Rentenkasse, Statistics Finland, Digital and Population Data Services Agency, eigene Berechnungen

gesagt, in das Humanvermögen einer Gesellschaft, die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen niedriger Geburtenraten ausgleichen können. Basis dieser Studie ist die Grundannahme, dass Wirtschaftswachstum eher von den wirtschaftlich nutzbaren Fähigkeiten, Kenntnissen und Verhaltensweisen der Mitglieder einer Gesellschaft als von deren Altersstruktur bestimmt wird. Die Studie basiert auf Daten aus Finnland, das in diesem Zusammenhang besonders interessant ist, weil es im europäischen Vergleich am schnellsten altert. Es verzeichnet dramatische Geburtenrückgänge und das Bildungsniveau stagniert seit Anfang der 2000er-Jahre.

Für die Studie schauten sich die Forscher*innen an, wie sich eine moderate Erhöhung der Bildungsausgaben pro Kind auf verschiedene Kennzahlen des Rentensystems auswirkt. In dem Modell simulierten sie, wie sich verschiedene Größen, die das Rentensystem maßgeblich bestimmen, verändern, wenn man von unterschiedlichen Geburtenziffern und unterschiedlich hohen Investitionen in Bildung ausgeht. Um zu zeigen, wie stark sich Investitionen in Bildung auswirken können, stellten sie zwei Annahmen zur Entwicklung einander gegenüber: In der einen Simulation gehen sie von einer sehr niedrigen Geburtenziffer von 1,3 aus, in der anderen von 1,45. Das Modell berechnet, wie sich die Kennzahlen des Rentensystems verändern, wenn die Geburtenziffer bei 1,3 liegt, die Bildungsausgaben aber auf dem Niveau einer Geburtenziffer von 1,45 beibehalten werden. Diese Umverteilung entspricht ungefähr einer Erhöhung der Bildungsausgaben pro Kind um 12 Prozent, was wiederum

den Ausgaben für ein zusätzliches Schuljahr entspricht. Diese Konstellation ermöglicht das Gegenüberstellen von drei Szenarien: 1. das Basisszenario mit einer Geburtenziffer von 1,45 und unveränderten Ausgaben für Bildung; 2. die Geburtenziffer von 1,3 ohne höhere Investitionen in Bildung; und 3. die Geburtenziffer von 1,3 mit hoher Investition in Bildung. Diese Daten kombinierten die Wissenschaftler*innen mit einem Modell, das die finnische Rentenkasse nutzt, um die Entwicklung der Renten unter verschiedenen Prämissen zu modellieren. Das Modell berücksichtigt zahlreiche demografische Größen wie die Bevölkerungsentwicklung, Einwanderung, Auswanderung, Bildungsdynamiken und Übergänge zwischen sogenannten Bevölkerungszuständen, zu denen beispielsweise Arbeitsmarktdynamiken, Rentenübergänge und Todesfälle zählen. Sie stellten fest, dass Szenario 2 – also eine Geburtenziffer von 1,3 ohne zusätzliche Investitionen in Bildung – eine deutlich geringere Gesamtbeschäftigung bis Ende des Jahrhunderts zur Folge hat. Wenn in Bildung investiert wird (Szenario 3) ist die Gesamtbeschäftigung höher. Auf die durchschnittliche Lohnentwicklung wirken sich Investitionen in Bildung massiv aus. Vor allem ab den 2040er-Jahren macht sich das bemerkbar, nämlich dann, wenn die besser ausgebildeten Jahrgänge in den Arbeitsmarkt eintreten. Das geht so weit, dass in diesem Szenario in den 2090er-Jahren die Durchschnittslöhne fast 10 Prozent über denen des Basisszenarios liegen. Auch auf das Renteneintrittsalter wirken sich höhere Bildungsausgaben aus: Das Basisszenario deutet auf einen Anstieg des Renteneintrittsalters von 63

Jahren im Jahr 2025 auf 66,4 Jahre im Jahr 2090 hin, während Szenario 3 mit hohen Investitionen in Bildung einen um 0,5 Jahre späteren Renteneintritt (mit 66,9 Jahren) im Jahr 2090 prognostiziert. Was das Bruttoinlandsprodukt (BIP) angeht, zahlen sich die Investitionen in Bildung ab 2040 aus, nämlich dann, wenn die kleineren und besser gebildeten Kohorten in den Arbeitsmarkt eintreten. Bis 2090 führt das Szenario mit hohen Investitionen zu einem um mehr als 10 Prozentpunkte höheren BIP pro Kopf als das Basisszenario oder das Szenario mit der niedrigsten Geburtenrate ohne Investitionssteigerungen in Bildung.

In allen Szenarien kommt es zunächst zu einem kurzfristigen Rückgang der Rentenausgaben im Verhältnis zu den Löhnen in den 2030er-Jahren und dann zu einem langfristigen Anstieg ab den 2040er-Jahren. Der anfängliche Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die in den späten 1940er-Jahren geborene Babyboom-Generation stirbt und zwei Rentenreformen aus den Jahren 2005 und 2017 Wirkung zeigen, bei denen das Rentenniveau gesenkt und das Renteneintrittsalter schrittweise erhöht wurde. Klar ist auch, dass die Rentenausgaben aufgrund der Alterung der Bevölkerung steigen, nämlich bis 2085 um 36 Prozent bei Annahme einer Geburtenziffer von 1,45 und um 39 Prozent, wenn man von einer Geburtenziffer von 1,3 ausgeht. Entscheidend für die Nachhaltigkeit des Sozialsystems ist, wie sich die Rentenhöhe im Vergleich zu den Löhnen entwickelt. In Finnland sind die Renten an die Entwicklung der Löhne (20 Prozent) und Preise (80 Prozent) gekoppelt. Hierfür entwarfen die Wissenschaftler*innen ebenfalls drei Szenarien (siehe Abb. 1): Im ersten gehen sie von hohen Investitionen in Bildung und einer Kopplung der Rentenentwicklung an das Lohnwachstum aus. Das Ergebnis ist, dass die relativen Rentenausgaben dem Basisszenario sehr nahekommen. Anders ausgedrückt: Höhere Bildung gleicht die negativen Auswirkungen der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung aus. In der zweiten Variante mit hohen Bildungsinvestitionen haben sie die Renten nicht an die Entwicklung der Löhne gekoppelt, sondern auf dem Niveau des Szenarios mit der niedrigsten Geburtenrate und ohne höhere Investitionen in Bildung gehalten. In diesem Szenario gleichen die Investitionen in Bildung die Auswirkungen der geringeren Geburtenrate mehr als aus.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Erhöhung der Pro-Kopf-Ausgaben in Bildung einige der negativen Auswirkungen einer kleineren Erwerbsbevölkerung auf die Rentenbelastung ausgleichen können, weil sie zu einer höheren Beschäftigungsquote, höheren Löhnen und einem späteren Renteneintrittsalter führen.

WISSENSCHAFTLICHER ANSPRECHPARTNER:
Mikko Myrskylä

KONTAKT: ✉ office-Myrskylä@demogr.mpg.de

LITERATUR

Myrskylä M., J. Hellstrand, S. Lappo, A. Lorenti, J. Nisén, Z. Rao and H. Tikanmäki: Declining fertility, human capital investment, and economic sustainability. *Demography* 62(2025)2, 489–514. DOI: 10.1215/00703370-11858484

Konflikte mit Eltern und Partnerschaft

Partnerschaften zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund gelten als Zeichen von Integration und sozialer Annäherung – eine neue Studie zeigt, dass diese Aussage differenziert betrachtet werden sollte.

Vergleich der Konflikte mit Vätern

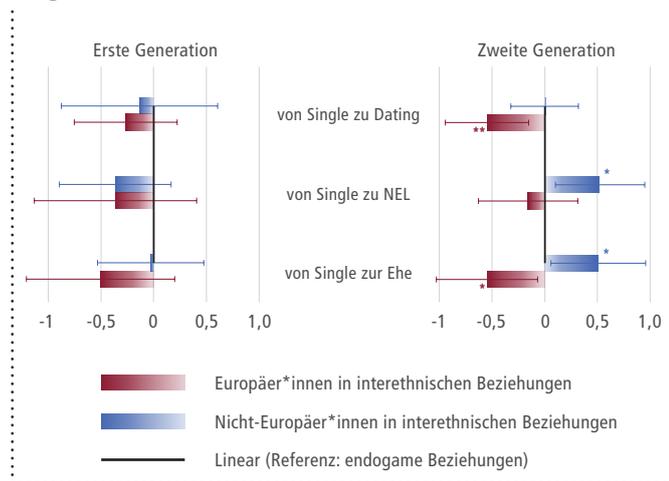


Abb.1: Konflikte mit Vätern nach Partnerschaftstyp, Partnerschaftsphasen, Migrantengeneration und Herkunft. Negative Werte zeigen an, dass es weniger Konflikte als in endogamen Beziehungen gibt, während positive Werte mehr Konflikte signalisieren. NEL = Nichteheliches Zusammenleben. Quelle: pairfam, eigene Berechnungen

Immer mehr Menschen migrieren, sind mobiler und leben zunehmend digital. Diese Entwicklungen führen in Europa dazu, dass interethnische Partnerschaften zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund immer häufiger werden. Aus Sicht der Assimilationstheorie gelten solche Partnerschaften als positiv, da hohe Raten interethnischer Beziehungen innerhalb der Migrantengruppe auf abnehmende soziale Distanz zur Mehrheitsgesellschaft hinweisen. Zudem können sie soziale Kohäsion fördern, indem sie Verbindungen und gegenseitiges Verständnis zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft stärken sowie Vorurteile und Konflikte abbauen. Dennoch zeigt die Forschung, dass Personen in interethnischen Beziehungen häufiger Trennungen erleben, stärkeren psychischen Belastungen ausgesetzt sind und insgesamt von einer geringeren Lebenszufriedenheit berichten. Eine mangelnde Akzeptanz der Partnerschaften durch das soziale Umfeld, etwa durch die Herkunftsfamilie, wird als mögliche Ursache für diese Herausforderungen angenommen. Die konkreten Auswirkungen auf familiäre Beziehungen sind bisher jedoch nur unzureichend empirisch erforscht.

Um zur Schließung dieser Forschungslücke beizutragen, hat Annegret Gawron von der Universität Rostock für den deutschen Kontext analysiert, ob Personen mit Migrationshintergrund in interethnischen Partnerschaften im Vergleich zu endogamen Partnerschaften mit Partner*innen aus dem gleichen Herkunftsland mehr Konflikte mit ihren Eltern erleben. Die Fragestellung erweist sich aus verschiedenen Gründen als komplex: Erstens können erhöhte Konflikte in interethnischen Partnerschaften nicht nur aus der Partnerwahl selbst, sondern auch aus Selektionsprozessen in die Beziehung resultieren. Studien zeigen, dass die Beziehung zu den Eltern die Entscheidung für eine interethnische

Partnerschaft beeinflussen kann. Ein starkes Gefühl familiärer Verpflichtung ist beispielsweise eher mit endogamer als mit interethnischer Partnerwahl verbunden. Zweitens können interethnische Partnerschaften zwar Konflikte verursachen, doch dieser Effekt kann im Verlauf abnehmen und Übergänge in Partnerschaftsphasen wie nichteheliches Zusammenleben (NEL) oder Ehe begünstigen. Daher sollte der Zusammenhang zwischen Konflikten und Partnerschaftstyp im Partnerschaftsverlauf betrachtet werden. Drittens variiert der Einfluss der Partnerschaft auf elterliche Konflikte möglicherweise nach Migrantengeneration und Herkunft: Die Eltern der zweiten Generation leben eher in Deutschland und haben vermutlich mehr Kontakt zu den Partner*innen ihrer Kinder als Eltern der ersten Generation, die noch vermehrt im Herkunftsland leben können. Zudem sind familiäre Solidaritätswerte in nicht europäischen Migrantengruppen oft stärker ausgeprägt. In Verbindung mit der größeren sozialen Distanz zwischen Nicht-Europäer*innen und Europäer*innen sowie der wahrgenommenen stärkeren kulturellen und sozioökonomischen Ähnlichkeit unter Europäer*innen könnten interethnische Partnerschaften vor allem in nicht europäischen Migrantenfamilien konfliktanfälliger sein.

Für ihre Studie nutzte die Forscherin Daten des Deutschen Beziehungs- und Familienpanels pairfam. Konflikte mit Müttern und Vätern hat sie getrennt analysiert, wobei höhere Werte ein stärkeres Konfliktpotenzial anzeigen. Um die Komplexität des Zusammenhangs zu berücksichtigen, hat sie nach Herkunftsregion und Migrantengeneration differenziert. Außerdem hat sie verschiedene Partnerschaftsphasen untersucht – vom Single-Status über die Dating-Phase und NEL bis hin zur Ehe. Die Daten zeigen, dass bereits in der Single-Phase Unterschiede bestehen: Personen mit höheren elterlichen Konfliktwerten gehen häufiger interethnische als endogame Partnerschaften ein. Blickt man auf den Beziehungsverlauf, verdeutlichen die Ergebnisse, dass interethnische Partnerschaften im Vergleich zu endogamen elterliche Konflikte verstärken können – insbesondere bei Migrant*innen der zweiten Generation aus nicht europäischen Herkunftsländern führen sie zu mehr Konflikten mit Vätern (siehe Abb. 1). Dabei steigen die Konflikte mit den Vätern vor allem in der NEL-Phase und in der Ehe – also genau dann, wenn der Institutionalisierungsgrad der Beziehung zunimmt und die Partner*innen stärker in die Herkunftsfamilie eingebunden werden. Somit zeigt sich, dass interethnische Partnerschaften keineswegs per se Harmonie implizieren oder fördern. Neben dem Institutionalisierungsgrad der Beziehung variiert ihre Wirkung je nach Migrantengeneration und Herkunftsregion. Die Forscherin betont, dass es wichtig sei, weitere Studien zu interethnischen Partnerschaften aus einer Lebensverlaufsperspektive durchzuführen, um die Auswirkungen dieser Partnerschaften und deren Zusammenhang mit Assimilationsprozessen besser zu verstehen.

WISSENSCHAFTLICHE ANSPRECHPARTNERIN: Annegret Gawron

KONTAKT: ✉ annegret.gawron@uni-rostock.de

LITERATUR

Gawron, A.: Migrant family ties and mixed unions: the impact of selecting native partners on conflicts with parents. *Journal of Ethnic and Migration Studies* [First published online: 24 March 2025]. DOI: 10.1080/1369183X.2025.2481988